// Presseinformation //

Ergebnis der Mitgliederbefragung:

GEW Rheinland-Pfalz fordert die kommunalen Arbeitgeber und die Landesregierung zum Handeln auf.

Nach dem eindeutigen Votum der GEW-Mitglieder gegen den Schlichterspruch in der aktuellen Tarifrunde im Sozial- und Erziehungsdienst fordert die GEW-Rheinland-Pfalz die Arbeitgeber auf, in den Tarifverhandlungen am kommenden Donnerstag das Schlichtungsergebnis deutlich nachzubessern. Der GEW-Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer sagte dazu: „Das Votum unserer Mitglieder ist eindeutig und muss auch von den Arbeitgebern als Signal der Unzufriedenheit wahrgenommen werden. Wir erwarten, dass sich die Arbeitgeber am Donnerstag bewegen, und damit ein deutliches Zeichen in Richtung Aufwertung sozialer Berufe setzen." Es geht auch darum, weitere Streiks zu Lasten von Eltern und Kindern abzuwenden!" Der Landesvorsitzende weiter: „Unsere Mitglieder wollen nach wie vor für eine Aufwertung ihrer Arbeit kämpfen, hierfür haben sie unsere volle Unterstützung."

Hammer macht darauf aufmerksam, dass schon jetzt viele große Kommunen ihre Erzieher_innen in die Entgeltgruppe 8 statt der Entgeltgruppe 6 eingruppieren um überhaupt noch ausreichend Personal zu finden. „Dies ist ein Signal für die Arbeitgeber, dass eine generelle Aufwertung stattfinden muss", so der Landesvorsitzende. Es kann daher in Zukunft davon ausgegangen werden, dass gerade kleine und ländliche Kommunen kaum noch ausgebildete Erzieher_innen einstellen werden können. „Der Beruf der Erzieher_in muss attraktiver werden! Dafür muss sich die Bezahlung insgesamt so verbessern, dass sich junge Menschen wieder mehr für diesen Ausbildungsberuf entscheiden."

Der überwiegende Teil der Personalkosten in Kindertagesstätten wird in Rheinland-Pfalz vom Land getragen. Weniger als 15% der Personalkosten werden von den Kommunen direkt übernommen. Für die Differenz kommen die Jugendämter auf. Am Verhandlungstisch sitzt also der Partner, mit dem geringsten Anteil am Personalkostenbudget. Deswegen fordert Hammer: „Wir wünschen uns bis Donnerstag ein klares Signal der Landesregierung in Richtung der Kommunen, dass sie die

notwendige Aufwertung sozialer Berufe auch finanziell mitträgt! Nach zahllosen Unterstützungsreden der Landespolitiker_innen für das Anliegen der Kolleg_innen im Sozial- und Erziehungsdienst freuen wir uns, wenn nun Taten folgen. Wir erwarten von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und von anderen führenden Landespolitiker_innen, dass sie sich persönlich bei die den kommunalen Arbeitgebern für Nachbesserungen im Schlichtungsergebnis einsetzen."

„Die qualitativ hohen Anforderungen des Landes Rheinland-Pfalz an frühkindliche Bildung und Erziehung, die in den Bildungs- und Erziehungsempfehlungen für Kindertagesstätten formuliert sind, lassen sich nur mit gut ausgebildetem Fachpersonal einhalten. Gutes Personal bekommt man nur mit guter Bezahlung. Hierfür trägt das Land Rheinland-Pfalz mindestens ebenso viel Verantwortung wie die Kommunen als Arbeitgeber.", so Hammer weiter.

Mit ihren Fragen wenden Sie sich bitte an:

Klaus-Peter Hammer klaus-peter.hammer@gew-rlp.de 06131 28 988 10

Miriam Bürger miriam.buerger@gew-rlp.de 06131 2898819

Mainz, 11.08.2015